Sonntag, den 5. Oktober 1924.

Einzelnummer: 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 62.

Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Groschen, im Text 40 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Oktober beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Der Fluch der bösen Tat

Von Armin Zerbe.

Der Ueberfall auf den Eisenbahnzug bei Luniniec hat mit einem Schlage die ganze Unfähigkeit der Regierung offenbart, in den östlichen Grenzgebieten erträgliche Zustände einzuführen. Der Ueberfall auf die Stadt Stolpce sowie das sich immer öfters wiederholende Niederbrennen von polnischen Siedlungen hatte bereits früher die Oeffentlichkeit stark beunruhigt. Nun wagte eine schwer bewaffnete Bande von über 90 Mann am hellichten Tage einen Eisenbahnzug anzuhalten und die Reisenden bis auf das Hemd auszuplündern. Die Regierung ist über die Kühnheit des Ueberfalls aus dem Häuschen geraten. Eine Ministerratssitzung folgt der anderen. Man kann sich nicht einigen, da die Regierung über kein Programm verfügt, das für die Minderheitenfrage in den Ostmarken eine Lösung bedeuten würde. Die im Sejm gegen den Willen der Minderheiten durchgepeitschten Sprachengesetze bilden keine Lösung. Sie haben vielmehr, weil sie einen Anschlag auf die Menschenrechte der Minderheiten bedeuten, mit dazu beigetragen, den Nationalismus zu entfachen, vor dem es den polnischen „Wirten" bereits angst und bange wird.

Die polnische Minderheitenpolitik hat kläglich Schiffbruch erlitten. Man will dies aber nicht eingestehen und so sucht man nach einem Sündenbock, der der Innenminister Hübner sein soll. Wenn auch Innenminister Hübner fliegen sollte, so sind damit die skandalösen Zustände noch nicht abgeschafft. Die Ursachen sind weit tieferer Natur. Sie liegen in der verruchten Denkungsart unsrer chauvinistisch-imperialistischen Politiker, die alle Fragen, die die Minderheiten betreffen, vom allpolnischen Standpunkt aus betrachten.

Die Bismarckschen Methoden, durch Zwang die Grenzgebiete zu kolonisieren, haben unter der dortigen Bevölkerung viel böses Blut erregt. Die Kleinbauern fordern selbst Land. Sie hassen die polnischen Kolonisten und scheuen nicht zurück, auf den neuerbauten Gehöften den roten Hahn anzustecken. Nur die Kolonisten, die als Junggesellen hinkamen und durch eine Heirat sich der einheimischen Bevölkerung genähert haben, werden geduldet. Die Kleinbauern können es nicht verstehen, daß sich die Zeiten so geändert haben, daß an Stelle der russischen Knute eine weit schlimmere getreten ist. Die polnische Verwaltung spottet jeder Kritik. Jeder Polizeikommissar fühlt sich als kleiner Selbstherrscher. Die Bevölkerung wird auf das grausamste malträtiert. Früher hatten die Gemeinden eine gewisse Selbstverwaltung. Sie durften sich den Gemeindevogt aus ihrer Mitte wählen. Heute wird er ihnen vom Starosten aufgezwungen. Meistens sind es Leute aus Kongreßpolen oder Galizien, die mit den dortigen Verhältnissen nicht vertraut sind. Zur Russenzeit durfte der Bauer sein Vieh im Walde hüten, durfte sich Brennholz nehmen, soviel er haben wollte. Wurde er beim Stehlen von Bauholz erwischt, so mußte er nur das Holz bezahlen. Unter polnischer Herrschaft darf er weder das Vieh in den Wald schicken noch Brennholz oder Spreu sammeln. Tut er es doch, so wird ihm eine gepfefferte Rechnung zugestellt, die er selbstverständlich nicht bezahlen kann. Es wird mit ihm ein kurzer Prozeß gemacht. Das letzte Stück Vieh wird „beschlagnahmt" und er selbst eingesperrt und womöglich noch halb totgeschlagen. Fälle von Mißhandlung aus diesem Grunde sind bereits massenweise vorgekommen. Die überaus traurige Lage der Bauern kommt einem noch mehr zum Bewußtsein, wenn man bedenkt, daß sich dort gewissermaßen die Leibeigenschaft bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Der Bauer arbeitet zwei Tage für sich und einen Tag für seinen „Herrn". Es ist ihnen daher nicht zu verdenken, daß sie nach Ssowjetrußland hinüberschielen und den Ruf nach Land immer lauter erschallen lassen.

Was tut aber die polnische „Chjena"? Sie provoziert die Bevölkerung. Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind nicht groß. Sie will Freiheit zum Leben, Freiheit zur kulturellen Entwicklung, d. h. territoriale Autonomie. Statt dessen wird eine Militärherrschaft eingeführt, die jedem Bauern, wenn er auch noch so primitiv denkt, die Zornadern anschwellen lassen muß. Er weiß, die Leiden werden nicht kleiner, sondern größer werden. Dies ist der Grund, weshalb die Bevölkerung den Banden nicht feindlich gegenübersteht. Die Einführuug des Ausnahmezustandes, über den augenblicklich in Warschau beraten wird, dürfte die polenfeindliche Stimmung keinesfalls freundlicher gestalten. Die Lage in den Grenzgebieten ist ernst, doch nicht hoffnungslos. Es bleibt für die Regierung kein anderer Ausweg übrig, als den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Der erste Schritt auf diesem Wege wäre die Reorganisierung der Verwaltung. Heute besteht das Gros der Verwaltung aus dem Abschaum der Gesellschaft, das die Gewalt über die Bevölkerung ausübt. Alle, die in Kongreßpolen oder Galizien gestrauchelt sind, wurden „na kresy" versetzt. Man bot ihnen Gelegenheit, ohne Kontrolle die Schandtaten fortzusetzen.

Der Polizeikommandant Mięsowicz, der während des Ueberfalls bei Luniniec ebenso wie der Wojewode Downarowicz sich splitternackt ausziehen mußte, ist beispielsweise, als er in den Jahren 1919 und 1920 Leiter der Lodzer Geheimpolizei war, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er die Geliebte eines französischen Offiziers mordsmäßig verprügelt hatte. Dem Franzosen wurde während eines Schäferstündchens die Hose und ein Koffer, in dem er die Besoldungsgelder für die französische Mission hatte, gestohlen. Der Verdacht fiel auf die Geliebte. Mięsowicz nahm sich ihrer so „liebevoll" an, daß der Staatsanwalt einschreiten mußte. Als der Staatsanwalt ihn in seiner Wohnung verhaften wollte, drohte er ihn niederzuschießen. Dafür bekam er drei Monate Gefängnis. Mięsowicz ließ nun seine Tanten und Gevatter nach Warschau fahren . . . und er wurde befördert und nach den Grenzgebieten versetzt, ohne die Gefängnisstrafe absitzen zu brauchen. Dies nur als Beispiel. Wieviel aber solcher Mięsowicz's gibt es in den Grenzgebieten?

Es konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden, welchen Charakter die Bandenüberfälle tragen. Sind es gewöhnliche Banditenbanden oder aber politische Kampforganisationen. Sind es politische Kampforganisationen, so sind zu ihrer Bekämpfung andre Mittel anzuwenden als gegen Banditen. Die Wahrscheinlichkeit spricht mehr dafür, daß es Kampforganisationen sind. Ist dies der Fall, so befindet sich die Bevölkerung zwischen Hammer und Amboß. Die Banden finden bei der Bevölkerung, wenn auch

Schon wieder ein Steuerskandal.

Der Staat um 200 Millionen Zloty betrogen.

Was gedenkt die Regierung mit den Betrügern zu tun?

Kaum ist das Echo der großen Steuerbetrügereien der oberschlesischen Firmen Wollheim und Hohenlohe verklungen und schon wieder ist eine Steuerhinterziehung zu verzeichnen, die alle bisherigen weit in den Schatten stellt. Die Steuerbetrügereien, die sich die Hüttengesellschaft in Tschenstochau zuschulden kommen ließ, belaufen sich auf 200 Millionen Zloty. Wir haben uns bereits an die Millionen gewöhnt und die Summe scheint uns nicht so groß, wie sie es in Wirklichkeit ist. Von der Höhe der Summe kann man sich jedoch einen Begriff machen, wenn man sie in Polenmark umrechnet. Sie macht nicht mehr und nicht weniger als 360 000 000 000 000 Polenmark aus. Um diese Summe hat die Hüttengesellschaft in Tschenstochau den Staatsschatz bestohlen, indem sie die Einkommensteuer um tausend Mal zu klein bezahlte. Der Kopf dieses großen Steuerbetrugs sitzt in der Laurahütte, Kattowitz, und es ist dies der Direktor Brandenburg. Die beiden Unternehmen gehören einer Gesellschaft.

Man weiß nicht wie lange dieser Betrug fortgesetzt worden wäre, wenn die Gesellschaft in ihrem Reduktionsübereifer nicht einen Buchhalter entlassen hätte, ohne ihm das dreimonatige Gehalt auszuzahlen. Der Buchhalter rächte sich, indem er die Steuerbetrügereien der Behörde anmeldete. Der Krach war fertig. Die Behörden leiteten eine Untersuchung ein, die die 200 Millionen Zloty als Steuerhinterziehung ergab.

Für alles mußte der Arbeiter aufkommen. Der Steuerapparat funktionierte nicht, denn die Industriellen stahlen wie die Raben. Die Regierung erteilte Kredite, die Industriellen zahlten sie durch lächerlich geringe Summen in Papiermark zurück. Die Regierung erteilt weiter Kredite und die Industriellen bestehlen weiter den Staat.

Als die Polizei zur Verhaftung des Dir. Brandenburg schreiten wollte, war der saubere Vogel ausgeflogen. Am nächsten Tage traf man ihn wohl zu Hause an, aber er lag totkrank zu Bett. Die Polizei sicherte sich ihn, indem sie ihm die Ausweispapiere abnahm. Es ist zu erwarten, daß die Steuerbetrüger in schärfste Strafe genommen werden. Es muß ein Exempel statuiert werden.

Pflicht der Regierung ist es, die Bücher aller größeren Firmen zu revidieren, denn es ist genug des Spiels mit den Nerven der Arbeiterschaft. Den Arbeitern wird die Einkommensteuer sofort vom Lohn abgezogen, während die Industriellen sich eins ins Fäustchen lachen, die billigen Kredite einstecken und den Staat noch obendrein bestehlen.

Die Bücherrevisionen dürften manche Ueberraschung ergeben.

unter Drohungen, Unterkunft. Dies beweist die mit ungeheuren Schwierigkeiten verbundene Verfolgung. Am nächsten Tage soll sie nun der Polizei das Ziel verraten.

Natürlich wird das „verfluchte Gesindel“ geschlagen und bis aufs Blut gepeinigt. Es ist bald so wie zur Kosakenherrschaft, als Pilsudski mit seinen Kampforganisationen für die Freiheit des polnischen Volkes focht. Bekannt ist der Fall der Jüdin aus Tuszyn, die Pilsudski als Frau verkleidete. Sie ermöglichte ihm dadurch die Flucht vor den zaristischen Schergen. Die Jüdin wurde nach Sibirien verbannt.

Die letzten Nachrichten aus den Grenzgebieten bestärken den Eindruck, daß es sich um politische Organisationen handelt, die den bewaffneten Kampf gegen den polnischen Unterdrücker aufgenommen haben. Diese Kampforganisationen werden heute noch nicht offen von der Bevölkerung unterstützt. Aendert die polnische Regierung nicht bald ihre Politik in den Grenzgebieten, so kann der Augenblick eintreten, wo die Bevölkerung mit den Banden gemeinsame Sache machen wird. Dann die polenfeindliche Bewegung zu unterdrücken, dürfte der Regierung schwer fallen, wenn nicht unmöglich sein. Die Ernennung eines dritten Militärs, des Obersten Mlodzianowski zum Wojewoden von Polesie wird keinesfalls zur Besänftigung der Stimmung unter der Grenzbevölkerung beitragen.

Die Regierung wendet in ihrem politischen Unverstand Gewaltmittel an, wo kluges Entgegenkommen am Platze ist. In Warschau darf man die Augen nicht vor der Wahrheit verschließen, die da ist: Durch die miserable, korrumpierte Verwaltung von Ochsenziemer und Schlagring, sowie durch die chjenistische Unterdrückungspolitik auf kulturellem Gebiet wird die Bevölkerung in die Arme des Bolschewismus getrieben, wird sie zu einem allgemeinen bewaffneten Aufstand gezwungen. Eine Debatte im Sejm, die unbedingt stattfinden müßte, würde nicht nur der polnischen Oeffentlichkeit, sondern der gesamten Kulturwelt die Augen über den Skandal in den Ostmarken öffnen. Die Regierung braucht diese Debatte nicht zu scheuen, wenn sie aus den letzten Ereignissen etwas gelernt hat und ehrlich gewillt ist, die Mißstände für immer zu beseitigen.

Denn: Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären!

Der Beginn der Sejmsession.

Am Donnerstag, den 2. d. M., fand unter dem Vorsitz des Marschalls Rataj eine Sitzung des Seniorenkonvents statt. Der Beginn der Plenarsitzungen wurde auf Vorschlag des Marschalls auf den 21. Oktober festgesetzt. Die Kommissionen werden ihre Tätigkeit bereits am 14. Oktober wiederaufnehmen. Das Arbeitsprogramm des Sejm umfaßt folgende vier Hauptgebiete: 1. das Budget für das Jahr 1925; 2. die Agrargesetze (die Durchführung der Landreform); 3. Militärgesetze, insbesondere die Organisation der obersten Heeresleitung; 4. die Selbstverwaltungsgesetze.

Nach der Sitzung unterbreitete der Vorsitzende der jüdischen Fraktion dem Marschall den Wunsch, die erste Sitzung am 22. Oktober abzuhalten, da der 21. auf einen jüdischen Feiertag fällt. Der Marschall berücksichtigte den Wunsch des jüdischen Klubs.

Die Chadecja gegen die Immunität der Abgeordneten.

Die Chadecja hat in ihrer Klubsitzung eine Neuwahl des Präsidiums vorgenommen. Als Vorsitzender ist Abg. Chacinski wiedergewählt worden. Der Klub drückte sein Bedauern über die Rede Macdonalds aus, die die oberschlesische Regelung einen Fehler des Völkerbundes nannte. Nur der Versailler Vertrag könne den europäischen Frieden erhalten. In einer Entschließung wird darauf hingewiesen, daß der Klub demnächst einen Gesetzentwurf in den Sejm einreichen wird, der die Immunität der Abgeordneten begrenzen soll. Der Art. 21 der Konstitution soll nach der Chadecja von den Minderheitenvertretern mißbraucht werden, die die Immunität zu staatsfeindlichen Zwecken ausnützen.

Also auch dort das übliche „Rozwój“-Thema.

Ukrainische Parlamentssabotage?

In den Wandelgängen des Parlamentes kreisen Gerüchte, daß der radikale ukrainische Klub unter den nationalen Minderheiten den Gedanken einer Sabotierung der gesetzgebenden Körperschaften propagiert. Die Ukrainer wollen angeblich im Sejm eine programmatische Erklärung abgeben und ostentativ aus dem Parlament austreten. Die radikalen Ukrainer sollen sich an den weißrussischen Klub gewandt haben, um seine Unterstützung für ihre Pläne zu gewinnen. Ehe man sich jedoch zu diesem Schritt entschließt, will man auf die Regierung einen Druck ausüben, die Forderungen der Weißrussen und Ukrainer anzunehmen. Sejmabg. Pawel Wasynczuk faßte die ukrainische Forderung wie folgt zusammen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jede Nation ihre eigene Unabhängigkeit besitzen muß. Die ukrainische Nation muß rechtlich allen Nationen, also auch Polen, gleichgestellt sein. Indem wir die Tatsache des gegenseitigen staatlichen Kräfteverhältnisses berücksichtigen, müssen wir fordern, daß Polen uns eine breite territoriale Autonomie gewährt.

Schluß der Völkerbundstagung.

In der letzten Sitzung des Völkerbundes wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die dem Völkerbunde angehörenden Staaten das in Genf angenommene Protokoll betreffs der Schiedsgerichte, der Sicherheit und Abrüstung in würdiger Weise zu erörtern. Bisher haben 10 Staaten das Protokoll unterzeichnet, u. zw.: Albanien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Polen, Griechenland, Lettland, Portugal, Serbien und die Tschechoslowakei.

Sturmlauf gegen Macdonald.

Im Hippodrom zu Derby hat Macdonald eine große Rede zur politischen Lage gehalten. Er führte aus: „Statt einen offenen Weg vorzufinden, als ich das Amt übernahm, hat die Labour-Regierung nur Obstruktion vorgefunden und hatte erst den Weg klar zu machen, bevor sie ihre Arbeiten beginnen konnte. Bisher haben unsere Gegner uns verleumdet, sie haben Euch jedesmal betrogen mit persönlichen, egoistischen und politischen Zielen. Jetzt beginnen sie etwas Angst zu bekommen, weil wir das Land ruiniert haben. Wenn wir das Land ruiniert hätten, würden sie jetzt in die Kirche gehen und Gott für seine Hilfe danken. Es gibt Männer in der Art von Sir Robert Horne, der Monat auf Monat versucht hat, einen finanziellen Ruin und Handelsschwierigkeiten zu schaffen, Woche nach Woche, Monat nach Monat haben sie das Land irregeführt, indem sie den Geschäftsleuten erzählten, daß wir nicht ehrenhaft sind und indem sie den gewöhnlichen Leuten auf der Straße erzählten, daß wir rote Krawatten tragen und unsere Hände wie Bärentatzen mit Blut befleckt seien. Woche nach Woche haben sie uns verleumdet und selbst unser persönlicher Charakter war vor ihnen nicht sicher. Wir haben nichts vergessen und wir werden nichts vergessen. Die Labourregierung hat in den ersten acht Monaten gezeigt, nicht nur, daß sie regieren kann, sondern daß sie besser regiert als die anderen. Ich kam in das Foreign Office und fand die Welt zersplittert und dem Bankerotte entgegengetrieben, schwer vom Kriege getroffen. Ich sah einen größeren Bankerott in Europa als 1914. Statt Vertrauen sah ich eine Ansammlung von Gewalt. Ich fand von einem Ende der Welt bis zum anderen nur Menschen, die über die Verstärkung ihrer eigenen egoistischen Absichten nachdachten.“

Bezüglich der Verhandlung mit Sowjetrußland gab Macdonald zu, daß große Schwierigkeiten bestehen. Der Handelsvertrag wird den russischen Markt für die britischen Waren öffnen. Die Schwierigkeit, die zwischen England und den Sowjets besteht, ist, daß man die Erbschaft von Lloyd George liquidieren müsse. Lloyd George hat Rußland den Krieg auferlegt und infolgedessen erheben die Sowjets Gegenforderungen. Der von Macdonald in seiner Rede vorausgesagte Sturmangriff gegen seine russische Politik hat bereits eingesetzt. Im Unterhause wollen Liberale und Konservative einen gemeinsamen Vorstoß gegen Macdonald unternehmen. Sie sprechen von einer Auslieferung Englands an die Sowjets. Die Presse weiß bereits von der erschütterten Stellung Macdonalds zu berichten. Macdonald hat heute die Macht in den Händen. Sollte er über den Vertrag mit Sowjetrußland zu Fall kommen, so wird er seine Macht ausnützen und aus dem Unterhause direkt auf die Wahlplattform treten und an das Volk apellieren. Vor Neuwahlen dürften aber in diesem Augenblick die Liberalen und Konservativen zurückschrecken.

Sechzigjahrfeier der Internationale.

Am Grabe von Karl Marx.

Die Sechzigjahrfeier der Internationale wurde durch einen Begrüßungsabend eingeleitet.

Am nächsten Tage fuhr die Exekutive der Arbeiterinternationale nach dem alten Friedhof, wo am Grabe von Karl Marx Kränze der Internationale und Blumen niedergelegt wurden. Da die Friedhofsverwaltung Reden am Grabe nicht gestattet hatte, wurden die vorgesehenen Ansprachen vor dem Hause, in dem Marx gelebt hat, gehalten. Es war ein erschütternder Augenblick, als Kautsky Worte persönlicher Erinnerung an Marx sprach und auf die ungeheure moralische Macht der Persönlichkeit von Marx hinwies.

Die Feier erreichte ihren Höhepunkt durch eine internationale Demonstration, an der Arbeitervertreter von mehr als 25 Staaten und eine ganze Reihe von Veteranen der Internationale teilnahmen, die schon Mitglied der Ersten Internationale waren. Die Einleitung dieser Demonstration erfolgte durch Chorgesänge. Dann wurde eine Begrüßungsadresse der Labour Party verlesen. Cramp verlas dann das von der Exekutive beschlossene Manifest, in dem in feierlichen Worten auf die Bedeutung des Tages hingewiesen, die Notwendigkeit zur Fortsetzung des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Befreiung betont wir. Schließlich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Rußland die Phase der Verwirrung ebenso überwinden wird, wie in den 70er Jahren den Bakunismus. Außerdem gelangte eine Botschaft Macdonalds zur Verlesung, in der der englische Premier die Internationale als den Meilenstein in der Geschichte des Fortschritts bezeichnet. Der Jahrestag der Internationale könne in dem Bewußtsein gefeiert werden, daß die Ideen der Gründer heute Gemeingut der Arbeiterbewegung der ganzen Welt seien. Die Botschaft schließt mit den Worten: Es ist unnötig, der Internationale ein langes Leben zu wünschen. Die Internationale kann nicht sterben.

Es folgten dann die verschiedenen Ansprachen der Redner, die für die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung Zeugnis ablegten. Besonders wurde der 82jährige Schweizer Greulich gefeiert, der seinerzeit durch den Abg. E. Zerbe Grüße an die deutsche Arbeiterschaft Polens sandte. Mit einem Chorgesang fand die Feier ihr Ende.

Vom Lodzer Stadtparlament.

Die Donnerstagsitzung leitete Dr. Fichna. Punkt 1 der Tagesordnung, betreffend die Wahl der Steuerkommission für die Bewertung der Umsatzsteuer wurde auf Antrag des Stv. Kuk nochmals in den Seniorenkonvent zurückgesandt, weil keine Einmütigkeit erzielt werden konnte. Auch die Wahl von 12 Mitgliedern in das Komitee des Greisenheimes wurde verschoben.

Hierauf wurde ein Statut des Magistrats angenommen, wonach ein Komitee aus Vertretern des Magistrats, des Stadtrats und der Bürgerschaft zum Bau der Kanalisation geschaffen und die Kanalisationskommission aufgelöst wird.

Zu der Dienstpragmatik sprachen die Redner in der Generaldebatte. Die Opposition unterzog das Projekt des Magistrats einer scharfen Kritik. Namens der Fraktion der D. A. P. sprach Stv. Otto Graß. Einen Auszug der Rede bringen wir in der nächsten Nummer.

Infolge Mangels des Quorums wurde die Sitzung um 12 Uhr nachts unterbrochen.

Eine Interpellation in Sachen der deutschen Abendkurse.

Mit dem Augenblick der Uebernahme der Geschäfte durch den Chjena-NPR-Magistrat tauchten immer wieder und wieder Nachrichten über die Auflösung der deutschen Fortbildungskurse auf. Die Stadtverordneten der D. A. P., denen die Frage ganz besonders nahe lag, haben stets mit der größten Aufmerksamkeit diese Angelegenheit verfolgt und überwacht. So war es möglich, daß diese Kurse bis zum Schluß des Schuljahres 1923—24 bestehen konnten. In dem neuen Schuljahre scheint jedoch der Magistrat die Frage der deutschen Abendkurse zu Ungunsten der Deutschen erledigt zu haben. Er ist zwar zur Organisierung von Abendkursen für Erwachsene geschritten, an die deutschen Arbeiter scheint er aber vergessen zu haben und hat keine Schule zur Aufnahme der deutschen Hörer bestimmt. Stv. R. Klim intervenierte daher zu wiederholten Malen beim Magistrat, mußte aber feststellen, daß alle Versprechungen der Magistratsherren kein positives Ergebnis zeitigten, weshalb Stv. Klim in der Donnerstagsitzung des Stadtrats folgende Interpellation einbrachte:

„Auch in diesem Jahre ist der Magistrat bezw. die Kultur- und Bildungsabteilung zur Eröffnung von Abendkursen für Erwachsene geschritten. An drei Punkten der Stadt werden die Anmeldungen von Kandidaten entgegengenommen. Für die deutsche Bevölkerung, für die die Stadt auf Grund eines Beschlusses des vorigen Stadtrats Abendkurse mit deutscher Unterrichtssprache unterhielt, hat der Magistrat keine Anmeldestelle vorgesehen.

Ich frage daher den Magistrat an:

1. Warum wurden bis heute keine deutschen Abendkurse für Erwachsene eröffnet,
2. wann gedenkt der Magistrat diese Kurse zu eröffnen,
3. wo werden die Anmeldungen deutscher Kandidaten entgegengenommen werden?

Diese Interpellation wurde außer den Stadtverordneten der D. A. P. auch von sämtlichen Mitgliedern der Stadtratsfraktion der P. P. S. unterzeichnet.

Lokales.

Die Krankenkasse von der neuen Verwaltung übernommen.

Ing. Schuster mit der Administration der Kasse betraut. — Herzlicher Abschied von Dr. Giebartowski.

In der Dienstagsitzung der Verwaltung der Krankenkasse erfolgte die endgültige Uebernahme der Geschäfte der Kasse durch die neue Verwaltung. Nach den Berichten der Kommissionen zur Uebernahme der Kasse, aus denen zu ersehen war, daß in der Kasse 160 000 Mitglieder versichert sind, daß ständig 700—750 Personen auf Kosten der Krankenkasse in den Hospitälern in Heilung stehen, daß die Krankenkasse keine Schulden besitzt und neben dem großen Vermögen in der Kasse einen Barbestand von gegen 45 000 Zloty aufweist, dankte der Vorsitzende Kalużyński dem Kommissar Giebartowski in herzlichen Worten für die aufopfernde Arbeit an dem Aufbau und der Entwicklung der Kasse, in der Redner die konsequente Arbeit des Kommissars hervorhob, der allen Schwierigkeitrn entgegenzutreten und diese zu bekämpfen verstanden hat. Herr Kalużyński schilderte die Verdienste des scheidenden Kommissars und dankte demselben im Namen der gesamten Verwaltung. Herr Dr. Giebartowski antwortete in bewegten Worten, wünschte der Verwaltung ersprießliche Arbeit und erklärte, daß für ihn der beste Dank der sein werde, wenn die Lodzer Krankenkasse auch weiterhin den übrigen Kassen ein Vorbild bleiben wird. In einer darauf angesetzten Unterbrechung stellte Herr Dr. Giebartowski der Verwaltung die Abteilungsleiter vor.

Nach der Unterbrechung wurde die Kasse formell übernommen. Unter Punkt 3 der Tagesordnung über die Organisierung der Verwaltung wurde beschlossen: Die Dokumente der Kasse werden vom 1. Oktober ab vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter sowie vom Direktor unterzeichnet. Die Angelegenheit der weiteren Herausgabe der Zeitschrift der Kasse wird der Rechtskommission überwiesen, die in der nächsten Sitzung über die Zweckmäßigkeit der Schrift referieren und entsprechende Anträge vorlegen soll. Für die Verwaltung wird ein besonderes Büro für schriftliche Arbeiten geschaffen, ohne daß neue Beamte angestellt werden sollen. Die Ausfertigung der Uebernahmeprotokolle, wobei der Wert des Vermögens der Kasse ermittelt und eine Bilanz aufgestellt werden soll, wurde den Vorsitzenden der Kommissionen übertragen. An diesen Arbeiten sollen 2 Vertreter der Revisionskommission teilnehmen. Die Amtstätigkeit der Uebernahmekommission wurde zur Erledigung der laufenden Angelegenheit verlängert. Die Rechtskommission wurde beauftragt, ein Projekt der Arbeitsteilung dieser Kommissionen auszuarbeiten. Die administrative Leitung der Kasse übernahm bis zur Berufung des neuen Direktors Herr Ing. Szuster. Bei der Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung erklärten die Verwaltungsmitglieder der N. P. R., daß sie gegen den Beschluß der Verwaltung über die Nichtunterzeichnung des Abkommens mit Dr. Szaykowski bei der Aufsichtsbehörde in Warschau Beschwerde führen werden. Die Sitzung wurde um 3½ Uhr morgens geschlossen.

•

Vor der Verwaltungssitzung überreichten die im Klassenverbande organisierten Beamten der Kasse Herrn Dr. Giebartowski eine Erinnerungsadresse sowie ein Banksparkassenbuch auf die Summe von 3000 Zloty für eine „Stiftung auf den Namen Dr. Edmund Giebartowski" zu dessen Disposition. Die Summe soll durch weitere Spenden vergrößert werden. Im Namen der Beamten sprach Ing. Szuster. Auch diese Abschiedsfeier trug einen herzlichen Charakter. Der polnische Beamtenverband hat die Teilnahme an diesem Abschiedsakt abgelehnt.

Am Sonnabend um 9 Uhr abends gibt der Beamtenklassenverband im Weißen Saale des Hotels Manteuffel zu Ehren Dr. Giebartowskis ein Diner.

Das Arbeitslosenfürsorgegesetz, das mit dem 1. September in Kraft treten sollte, verpflichtet noch nicht, weil das Arbeitsministerium noch keine amtliche Bekanntmachung hierüber erlassen hat. Die Abgeordneten werden dieserhalb interpellieren.

Die Direktion der Lodzer Elektrischen Straßenbahn hat durch die Einführung der Straßenbahnlinie 11 einem brennenden Bedürfnis der Bevölkerung von Chojny Rechnung getragen. Was jedoch die Einteilung der Haltestellen anbelangt, so muß festgestellt werden, daß sie nicht der Bequemlichkeit des Publikums entspricht. Wir meinen vor allem die Haltestelle vor der Stolarowschen Fabrik. Für wen ist sie eingerichtet worden? Doch nicht etwa für Herrn und Frau Hüffer? Der Herr Direktor hat seinen eigenen Wagen und Auto und braucht die Staßenbahn nicht. Sonst aber sind in der Nähe der Haltestelle weder Wohnhäuser noch eine belebte Seitenstraße. Im Interesse des fahrenden Publikums wäre es angebracht, wenn die Direktion der Elektrischen Straßenbahn die Haltestelle von der Stolarowschen Fabrik nach der Ecke der Neuen-Zarzewskastr. verlegen würde. Für die Verlegung spricht nicht nur der große Verkehr auf der Neuen-Zarzewska- und Sieradska-Str., sondern auch die Nähe des Leonhardtschen Ringes. Man kann täglich des öfteren beobachten, wie das Publikum, um auf den Ring zu gelangen, bereits an der Ecke der Neuen-Zarzewska-Str. abspringt, ohne bis zur Haltestelle an der Stolarowschen Fabrik zu fahren. Die Fälle, daß Abspringende zu Fall kamen, stehen nicht vereinzelt da. Erst am letzten Freitag fiel eine Bäuerin beim Abspringen so unglücklich, daß sie sich verschiedene Verletzungen zuzog. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß die Direktion der Straßenbahn im Interesse des Publikums die Haltestelle nach der Neuen-Zarzewska-Str. verlegen wird.

Die Rekruten des Jahrganges 1903, die in den nächsten Tagen zum Militärdienst eingezogen werden, feiern ihren Abschied in verschiedener Weise. Wolf Neumark, der in der nächsten Woche ebenfalls in die Reihen der Vaterlandsverteidiger eintritt, besuchte die Wiener Konditorei und ließ sich Kuchen und Kaffee wohlschmecken. Als es an das Bezahlen ging, erklärte er als Rekrut nichts zahlen zu brauchen, denn der Konditoreibesitzer könne ruhig dieses Abschiedsdiner auf seine Rechnung nehmen. Erst ein herbeigerufener Polizist brachte N. bei, daß die Auffassung des N. noch nicht Gesetz sei. Viel Vertrauen kann man also zu diesem „Beschützer" nicht haben.

Türöffnen: 30 Groschen. Der Verband der polnischen christlichen Hauswärter hat in einer Versammlung den Sperrzehner auf 30 Groschen festgesetzt. Dieser Beschluß wurde dem Regierungskommissariat zur Bestätigung vorgelegt. Wahrscheinlich wird sich aber das Kommissariat aufs Handeln verlegen und die Hauswärter dringend ersuchen, ihren Tarif etwas zu ermäßigen. Denn 30 Groschen sind immerhin ungefähr ein Kilo Brot. Und vor dem Kriege war das Türöffnen doch etwas billiger.

Schlangenbiß. In der Przejazdstraße 58 produzierte dieser Tage ein umherziehender Jongleur seine Kunststücke im Feuerfressen und Kunstsprüngen. Der Clou der Vorstellung waren Kunststücke mit einer Schlange, die sich um den Körper des Wanderkünstlers schlang. Die bezähmte giftige Schlange war aber wie jede Schlange falsch und biß den Künstler Eduard Luniak in die Lippe, so daß er nach dem Hospital eingeliefert werden mußte.

Deutsches Theater.

„Minna von Barnhelm", Lustspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

Mit „Minna von Barnhelm" hat Lessing als erster endgültig mit den Ueberlieferungen des französischen Lustspiels gebrochen. Diese Perle des deutschen Lustspiels, das in seinem innersten Wesen deutsch ist, wäre als Eröffnungsvorstellung eines deutschen Theaters unter anderen Umständen, vor einem anderen Publikum und von anderen Schauspielern gespielt, ein guter Griff gewesen. Hier aber war es ein Fehlgriff. Weder das Publikum noch die Schauspieler waren ihrer Aufgabe gewachsen. Dem Lodzer Publikum sind die Dinge, die sich während des 30-jährigen Krieges abgespielt und die den Hintergrund des Lustspiels bilden, wesensfremd. Das Interesse war deshalb auch nicht groß. Die Schauspieler hätten, um sich gut einzuführen, in der Eröffnungsvorstellung wenn nicht brillieren, so doch mehr als Mittelmäßigkeit zeigen müssen. Ein Teil der Schauspieler war aber nur Mittelmäßigkeit. Warum hatte man nicht ein anderes Stück gewählt? Warum hat man den Schauspielern nicht Gelegenheit gegeben, sich in ihren Glanzrollen zu zeigen? Und wenn es eine Wiederholung von Strindbergs „Kameraden" hätte sein müssen. In den „Kameraden", das darstellerisch das reifste Gastspiel der vorjährigen Spielzeit war, haben Mitglieder des Ensembles ein ganz entschieden besseres Können gezeigt als in „Minna von Barnhelm".

Das Spiel war an sich nicht schlecht. Es fehlte jedoch der innere Zug, der von den Schauspielern aus in den Zuschauerraum dringen muß und die Zuschauer ergreift und zwingt, der Handlung mit Interesse zu folgen. Elinor Falk als Franziska bot die schönste Leistung des Abends. In der Schlußszene des 5. Aufzuges war sie einzig. Was störend wirkte, das war das sich des öfteren wiederholende plötzliche unnatürlich laute Auflachen. Sehr gut war auch Friedrich Links als Leutenant Riccaut, nur hätte seine Rolle glatt um die Hälfte gestrichen werden können. Ganz passable Leistungen boten noch Josef Albin als Wirt und Martin Miller als Just. Die Besetzung der Rolle der Minna von Barnhelm durch Erika von Draaz war verfehlt. Ebenso die des Majors von Tellheim durch Max Rosen. Beide haben wir in den vorjährigen Gastspielen als gute Kräfte kennen gelernt. In „Minna von Barnhelm" enttäuschten sie.

Dem Lustspiel ging ein Prolog sowie eine kurze Ansprache des Direktors Dr. Lohan voraus. Der Prolog wurde vom Blatt gelesen, was wohl in der Theatergeschichte von Lodz zum ersten Mal der Fall war.

Sehr peinlich berührte es, daß der Theaterverein Thalia es nicht für nötig gefunden hatte, die Darsteller mit einem Blumenarrangement zu begrüßen. Das Spiel war auf alle Fälle diese Rücksicht wert. Vor allem aber hätte es dem Taktgefühl der Mitglieder des Theatervereins ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Die Allüren eines Gentleman sowie der angeborene Takt sind eben nicht für Geld zu kaufen! —az.

Aus dem Reiche.

Rybnik. Der tödliche Ringkampf. In der Ortschaft Rogoczna vertrieben sich zwei Arbeiter ihre Langeweile durch Ausübung eines Ringkampfes. Als sie sich gerade im eifrigen Ringen befanden, muß sich wohl der eine Arbeiter überanstrengt haben, denn plötzlich brach er vom Herzschlage getroffen zusammen.

— Im Aufzug. Eine landwirtschaftliche Arbeiterin bestieg in Groß-Gorschütz einen Aufzug. Als der Aufzug in Tätigkeit gesetzt wurde, verfing sich ihr Haar an einer vorstehenden Holzverschalung. Durch diesen plötzlichen Ruck wurden ihr die Haare samt der Kopfhaut heruntergerissen.

Dirschau. Die Krankenkassenwahlen zeitigten hier folgendes Resultat: Chadecja — 3 Mandate, P. P. S. — 8 Mandate, N. P. R. — 9 Mandate. Bis jetzt hatten die Sozialisten kein einziges Mandat. Die Herren der Lage waren die N. P. R. und die Chadecja.

In Graudenz wurden bei den Krankenkassenwahlen 4 Vertreter der P. P. S., 12 der N. P. R., 3 der Chadecja und 1 der Invaliden gewählt. Auch hier war der Einfluß der Sozialisten bisher gering.

Wieviel Miete zahlen wir für das 4. Quartal 1924?

Auf Grund des neuen Mieterschutzgesetzes werden die Mietszinssätze für das vierte Quartal, d. h. für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember, um 4 Prozent erhöht. Es sind also zu zahlen:

1) Für Einzimmerwohnungen (1 Zimmer und Küche oder nur 1 Zimmer) — 13 Prozent der Grundmiete. Da der Vorkriegsrubel mit 2 Zloty 66 Groschen berechnet wird, betragen 13 Proz. davon — 34,58 Groschen. Bei Einzimmerwohnungen müssen also für jeden Rubel der Vorkriegsmiete

34,58 Groschen

bezahlt werden.

2) Für Wohnungen, bestehend aus zwei oder 3 Zimmern nebst Küche — 18 Prozent der Grundmiete. Laut diesem Satz ist

1 Rubel der Vorkriegsmiete = 47,88 Groschen.

3) Für Wohnungen, bestehend aus 4 bis 6 Zimmern — 23 Prozent der Grundmiete. Danach ist

1 Rubel der Vorkriegsmiete = 61,18 Groschen.

Da die Berechnung der Miete gewöhnlich große Scherereien mit sich bringt, wollen wir unseren Lesern in nachstehender Tabelle einige Beispiele anführen:

Wenn die jährliche Miete vor dem Kriege betrug Rbl.	Für eine Einzimmerwohnung 13% der Grundmiete		Für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung 18% der Grundmiete	
	1 Monat	3 Monate	1 Monat	3 Monate
	zu zahlen in Zloty			
60	1.73	5.18		
70	2.02	6.05		
80	2.30	6.90		
85	2.45	7.35		
90	2.60	7.80		
95	2.74	8.20		
100	2.80	8.55		
105	3.03	9.10		
110	3.17	9.50		
115	3.30	9.90		
120	3.46	10.40		
125	3.60	10.80		
130	3.75	11.25		
135	3.90	11.70		
140	4.02	12.10		
145	4.27	12.80		
150	4.33	13.—	6.—	19.—
160			6.40	19.20
170			6.75	20.30
180			7.20	21.60
190			7.60	22.80
200			8.—	24.—
210			8.40	25.20
220			8.80	26.40
230			9.20	27.50
240			9.60	28.80
250			10.50	30.—

Zu den oben berechneten Mietssätzen kommen noch die Ausgaben für Ausfuhr, Beleuchtung der Hausflure und Treppen sowie die Löhnung des Wächters hinzu, die laut Uebereinkommen zwischen den Vereinigungen der Hausbesitzer und Mieter mit 11 oder 14 Prozent der gesamten Vorkriegsmiete, je nach der Einrichtung des Hauses, in Verrechnung gebracht werden.

Jugendabteilung der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Veranstaltungskomitee der Jugendorganisation. Montag, den 6. Oktober l. J., 8 Uhr abends, findet im Saale des deutschsprechenden Meister- und Arbeiter-Vereins, Andrzejastr. Nr. 17, ein Unterhaltungsabend statt. Im Programm sind vorgesehen: Vorträge, Musik, Tanz. Sämtliche Mitglieder, Freunde und Gönner der Jugendorganisation sind herzlichst eingeladen.

Das Veranstaltungskomitee.

Kleine politische Nachrichten.

Der Minderheitenschutz. Bei der Besprechung der bulgarischen und griechischen Minderheitenfrage in Genf wurde beschlossen, zwei Delegierte an Ort und Stelle zur Prüfung der Lage zu entsenden. Dieser Schritt des Völkerbundes wurde von dem englischen Delegierten Murray freudig begrüßt, der der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß in Zukunft die Minderheitenfragen aller Länder in dieser Weise gelöst werden können.

Faschisten gegen den Vatikan. Dieser Tage drangen Faschisten in die vatikanische Villa Gandolfe ein, um auf dem Gebäude die italienische Flagge aufzupflanzen. Der Versuch ist mißglückt und die Regierung mußte sich beim Vertreter des Vatikans entschuldigen.

Aus aller Welt.

Der zerstreute Macdonald. Macdonald alarmierte die Polizei wegen des Verlustes einer Aktenmappe mit wichtigen Staatspapieren und 250 Pfund Sterling, welche er auf einer Automobilfahrt von Lossiemouth nach London verloren zu haben vermutete. Die Polizei untersuchte die ganze Strecke erfolglos. Detektivs fanden die Mappe Macdonalds schließlich — in seiner Wohnung in Lossiemouth.

Zurück zum Mittelalter. Auf der der französischen Küste vorgelagerten, zu England gehörigen Kanal-Insel Jersey ist ein mittelalterlicher Brauch wieder aufgelebt. Danach sind Personen, die sich eines liederlichen Lebenswandels schuldig machen, öffentlich am Pranger auszustellen. Eine Frau hatte auf dem Standesamt ein neugeborenes Kind als das ihres Mannes ausgegeben, worauf sich herausstellte, daß sie seit drei Jahren Witwe war. Dafür wurde sie zu einer Geldstrafe, einem Monat Gefängnis und zur Schaustellung in einem eisernen Käfig verurteilt. Als dieser letztere Teil der Strafe vollzogen wurde, fiel die Frau ob der Schmähungen und Witze, die ihr von der schaulustigen Menge an den Kopf flogen, in hysterische Krämpfe, und sie mußte schließlich von dem Pranger in ein Krankenhaus gebracht werden.

„Der hat die Welt noch nicht gesehen.“ Ein Mann, der noch nie einen Eisenbahnzug, ein Auto, eine elektrische Bahn gesehen hat, und dem selbst das Kino ein Buch mit sieben Siegeln war, ist kürzlich zu Fleedwood in Lancaster eingekehrt. Dieses lebende Weltwunder ist dabei seines Zeichens sogar Verkehrsbeamter, nämlich Briefträger auf der Poststation von Saint-Kilda, einer kleinen Insel im Westen der Hebriden. Er hat zum erstenmal in seinem Leben Urlaub genommen und die Insel seiner Väter verlassen, um aufs Festland zu gehen. Als er den ersten Straßenbahnwagen sah, war er zunächst unschlüssig, ob es nicht besser sei, zu fliehen. Aber ein Automobil, das aus der entgegengesetzten Richtung kam, enthob ihn dieser Ueberlegung. Der Briefträger fiel vom Erstaunen ins Entsetzen und vom Vergnügen in maßlosen Schreck. Nicht minder aufregend war für ihn die erste Kinovorstellung; denn er konnte sich erst nach längerer Zeit davon überzeugen, daß die Gewehre und Kanonen, die auf der Leinwand abgefeuert wurden, für ihn keine ernste Gefahr bedeuteten. Uebrigens scheint dem Inselbewohner die Zivilisation nicht sehr imponiert zu haben; denn schon nach dem ersten Tag seines Festlandaufenthalts kehrte er gern wieder in die Einsamkeit seiner Heimatinsel zurück.

Jedem Türken nur eine Frau. Der Parlamentsausschuß der türkischen Nationalversammlung, der mit der Aufstellung eines neuen türkischen Familienrechts betraut ist, hat jetzt das Prinzip der Einzelehe endgültig angenommen. Bisher durfte jeder Türke vier Frauen haben. Die Abschaffung der Vielweiberei wurde im Parlament bereits früher erörtert und ist nun von der maßgebenden Körperschaft anerkannt. Nur in bestimmten Fällen, z. B. bei Unfruchtbarkeit, darf der Mann eine zweite Frau nehmen, aber erst nachdem ihm dazu die formelle Erlaubnis vom Gericht erteilt ist.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	26. Sept.	3. Oktober
	in Zloty	
Engl. Pfd.	23,25	23,25
Dollar	5,18	5,18
Schw. Frank.	98.95	99,45
Franz. Frank	27,45	27,67
Belg. Frank	25,—	25,30
Goldbons	—,85	—,86

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Im Verlage der „Lodzer Volkszeitung“ ist erschienen:
Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens.
Preis eines Exemplars 10 Groschen. Erhältlich im Parteilokal, Zamenhofastraße 17, sowie durch die Zeitungsausträger.